Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen auswärts Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: H. Schlotte. — Cassel: Th. Diefisch & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordheimer, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Bajchman & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 558. **Berlin, Montag den 22. Dezember 1879.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32.** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Um bei dem bevorstehenden Quartalswechsel jede unliebsame Unterbrechung in dem Eintreffen unserer Zeitung vermeiden zu sehen, bitten wir, die Abonnements-Erneuerung für das 1. Quartal 1880 möglichst frühzeitig bewirken zu wollen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint 12 mal wöchentlich; sie ist die einzige, auch in einer Morgenausgabe erscheinende konservative Zeitung Berlins, und beträgt das Abonnementsgeld für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntagsbeilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie Mk. 7,50.

Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Potsdam von A. H. Pusch, Canal Nr. 19, in Brandenburg a./H. bei H. **Gospodar**, Dom Nr. 42, in **Berlin** von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von **Mk. 7,50** und von der Expedition der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", **SW. Wilhelmstraße Nr. 32,** entgegen genommen.

Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.

Unter Kreuzband bei **täglich zweimaliger Versendung** beträgt der Abonnementspreis der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**" für das Vierteljahr:

In Deutschland, Oesterreich und Ungarn ℳ 13,00.
Für Staaten, nach welchem eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm beträgt, ℳ 16,50.
Für Staaten, nach welchem eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 ₰ beträgt, ℳ 25,00.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 22. Dezember.

Die staunenswerthen Fortschritte der Elektrotechnik in Bezug auf ihre wissenschaftliche Vertiefung und Entwickelung und die in der Neuzeit immer nachsende Ausbreitung ihrer Anwendung im öffentlichen Leben haben schon seit geraumer Zeit das Bedürfniß nach einer dauernden Vereinigung der auf diesem Gebiete wissenschaftlich, gewerblich und verwaltend thätigen Kräfte hervortreten lassen. Während bekanntlich Vereine dieser Art in anderen Ländern schon bestehen und dort, wie namentlich in England, eine ausgedehnte Thätigkeit im Dienste der Wissenschaft und Industrie entfalten, fehlte es bis jetzt in Deutschland an einem Organe, welches einen Vereinigungspunkt für die vereinzelt hervortretenden Bestrebungen zur Erweiterung der wissenschaftlichen Kenntniß der Elektrizität und zur Förderung der auf ihrer Anwendung beruhenden technischen Interessen zu geben geeignet war, ein Bedürfniß, welches für diese Interessen eine wirksame Vertretung nach Außen und im Wettbewerbe mit anderen Nationen ermöglichte. Wir haben es der vereinten Anregung des General-Postmeisters, Herrn Dr. Stephan, und des Herrn Dr. Werner Siemens zu danken, daß nunmehr mit Erfolg Schritte ins Werk gesetzt worden sind, welche diesem Mangel Abhülfe verschaffen werden. Am vorigen Sonnabend, den 20. Dezember, ist auf Einladung des Herrn Dr. Stephan eine zahlreiche Versammlung hervorragender Vertreter der Wissenschaft, der Civil- und Militairverwaltung und der auf die technische Anwendung der Elektrizität angewiesenen Gewerbe in den Räumen des hiesigen Zentral-Postgebäudes zusammengetreten, um über die Errichtung eines „Elektrotechnischen Vereins" für Deutschland Beschluß zu fassen. Die gepflogenen Vorberathungen haben einen der Sache förderlichen Verlauf genommen, so daß die Bildung des Elektrotechnischen Vereins mit dem Sitze in Berlin als vollzogene Thatsache gemeldet werden kann.

Die Diskussion der Angelegenheit wurde eingeleitet durch eine Ansprache Sr. Exzellenz des Herrn General-Postmeisters, welche den Anforderungen unserer Berichterstatters im Wesentlichen wie folgt lautete:

Meine verehrten Herren! Indem ich Sie an dem Sitze der Zentralverwaltung des Reichstelegraphenwesens willkommen heiße, habe ich zuerst meinen Dank auszusprechen Ihnen Allen, namentlich den auswärtigen Herren, welche trotz der ungünstigen Jahreszeit und trotz mancherlei Behinderungen, welche die Weihnachtszeit mit sich bringt, der ergangenen Einladung Folge geleistet haben. Zu meinem Erfreuen bedauern war es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht angänglich, einen anderen Zeitpunkt zu wählen.

Wie zahlreiche, aus Anlaß der Anregung zur Bildung eines elektrotechnischen Vereins mir zugegangene Zuschriften beweisen, hat der Gedanke der Vereinigung der auf dem Gebiete der Elektrotechnik thätigen Kräfte lebhaften Anklang gefunden. Ich habe nicht nöthig, in diesem Kreise die Wichtigkeit der Elektrizität für Wissenschaft und Leben besonders hervorzuheben. Ich erinnere nur daran, daß am 6. November gerade 79 Jahre verflossen waren, seit Galvani zuerst in den Zuckungen der thierischen Muskeln die physikalischen Erscheinungen der Elektrizität nachwies; hier sind also in das hundertste Jahr der Kenntniß der Elektrizität eingetreten. Mehr als 50 Jahre sind verflossen, seit Oersted die Ablenkung der Magnetnadel durch den elektrischen Strom beobachtete. Während die Erscheinungen und Wirkungen der Elektrizität anfangs nur als ein Kuriosum betrachtet wurden, nehmen sie jetzt eine wichtige Stellung im materiellen und Geistesleben unserer Zeit ein. Von der Telegraphie will ich hier nicht weiter sprechen. In neuerer Zeit hat sich die Elektrizität namentlich auch in ihrer Verwendung als dynamisches Moment geltend gemacht. Ihre Gesetze äußern sich auf dem Gebiete der Optik, der Akustik und der Wärme. Sie findet Verwendung im Eisenbahnwesen, wo sie eine immer wachsende Bedeutung erlangt, in der Chemie und Medizin, im Land- und Seekriege und bei der Küstenbeleuchtung. Der elektrotechnische Verein wird also ein weites Feld fruchtbringender Wirksamkeit vorfinden. Wenn er den auf allen diesen Gebieten thätigen Kräften Anstoß gegeben, wenn er ihre Bestrebungen fördert und läutert: so kann es nicht fehlen, daß er für die Wissenschaft und das Leben eine große Bedeutung erlangt. Wir können uns seine Thätigkeit unter dem Bilde einer Sammellinse vorstellen: Sie, meine Herren, sind die tüchtigen Kräfte, welche dem Vereine noch beitreten werden, sollen die Strahlen dazu bergeben.

Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß in England eine ähnliche Vereinigung besteht und sehr Ersprießliches geleistet hat. Wenn unsere deutschen Gewohnheiten auch zum Theil eine andere Gestaltung der Vereinsthätigkeit bedingen, so werden wir doch manche der dort gemachten Erfahrungen verwerthen können. Einer Nation wie der unsrigen, welche Männer, wie Sömmering, Gauß, Weber, Steinheil, Ohm, Bunsen, Siemens, Kirchhoff, Helmholtz und Andere hervorgebracht hat, und in welcher sich zahlreiche jüngere strebsame Gelehrte, Künstler, Techniker, Industrielle und Meister der Mechanik auf dem Gebiete der Erforschung und Anwendung der Elektrizität hervorgethan haben, wird es nicht an den Kräften fehlen, welche geeignet sind, die an uns herantretenden Aufgaben zu erfüllen. Und so wünsche ich denn, daß diese Bestrebungen zur Förderung der Wissenschaft, zum Wohle des Vaterlandes und zur Ehre des deutschen Namens gereichen mögen.

Nachdem auf den Vorschlag des Geheimen Raths Professor Dr. Kirchhoff der Herr General-Postmeister den Vorsitz der Versammlung übernommen und das Büreau desselben durch Berufung von Beisitzern und des Schriftführers gebildet hatte, wurde sogleich in die Berathung der Satzungen des Vereins eingetreten, wobei ein unter Mitwirkung des Herrn Dr. Werner Siemens ausgearbeiteter Statutenentwurf die Grundlage bildete. Nach einer dreistündigen angeregten Debatte wurden die Satzungen mit einer Anzahl unwesentlicher Aenderungen des Entwurfes angenommen. Durch schriftliche Beitrittserklärungen seitens sämmtlicher Anwesenden wurde demnächst die Errichtung des Vereins formell vollzogen.

Wie wir aus dem in den Händen unseres Berichterstatters befindlichen Druckexemplare der „Satzungen" noch mittheilen, besteht die Aufgabe, welche sich der neue Verein gestellt hat, in der Entwickelung und Förderung der technischen Anwendung der Elektrizität und der Fortbildung ihrer Kenntniß durch Nutzbarmachung der technischen Einrichtungen und Erfahrungen für die Wissenschaft, ferner in der Bildung eines Vereinigungspunktes für die deutschen Elektrotechniker zur Förderung ihrer wissenschaftlichen, technischen und gewerblichen Interessen. Die Mittel zur Erreichung dieses Zwecks sind im Allgemeinen: a. Mittheilungen, Vorträge und Berichte über neue Entdeckungen, Erfindungen und Erfahrungen auf allen Gebieten der angewandten Elektrizitätslehre, mit sich anschließender Diskussion in regelmäßig wiederkehrenden Sitzungen. b. Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle, die den Vereinsmitgliedern spätestens mit der Tagesordnung zur nächsten Sitzung zuzusenden sind, und c. in der Herausgabe einer Vereinszeitschrift.

So lange, bis die Wahl eines Vorstandes durch die erste Jahresversammlung erfolgt sein wird, sollen die Geschäfte durch einen „geschäftsführenden Ausschuß" wahrgenommen werden, in welchen als Mitglieder die Herren Dr. Werner Siemens, Geheimer Rath Professor Dr. Kirchhoff, Geheimer Ober-Regierungsrath Streckert und Geheimer Ober-Postrath Fischer gewählt sind. Abgesehen von der Annahme der Anmeldungen der hinzutretenden Vereinsmitglieder und der Vorbereitung der ersten Jahresversammlung wurde dem Ausschusse namentlich die Einleitung der erforderlichen Schritte zur Herausgabe der Vereinszeitschrift übertragen.

So ist denn der elektrotechnische Verein mit vielversprechenden Aussichten auf ein fruchtbringendes Wirken im Dienste deutscher Wissenschaft und Gewerbthätigkeit ins Leben getreten. Wir wünschen ihm eine kräftige Entwickelung und seinen verdienstvollen Bestrebungen einen wirksamen Erfolg. Ohne Zweifel werden ihn dabei die Sympathien des deutschen Volkes begleiten.

Eine längere Besprechung der Abgeordnetenhaus-Debatte über die **Elbinger Simultanschule** schließt die gewiß nichts weniger als orthodoxe „**Schlesische Zeitung**" mit folgenden Worten:

Geben uns die Ausführungen des Ministers volle Bürgschaft dafür, daß konfessionelle Belangenheit auch in Zukunft nicht davon abhalten wird, die Simultanschule da zuzulassen, ihre Einrichtung sogar zu verlangen, wo entsprechende Zweckmäßigkeitsgründe für dieselbe sprechen, so giebt uns die Rede des Abgeordneten Stöcker eine schätzenswerthe Gewähr dafür, daß selbst die äußerste Rechte des Abgeordnetenhauses nicht etwa darauf ausgeht, auch für die höheren Schulen das Prinzip der Konfessionalität wieder in schroffer Weise hervorzukehren. Der genannte Redner bezeichnete die Konfessionalität der Volksschule als das Korrelat des Schulzwanges, bekannte sich aber zum Prinzip der Parität für die mittleren und höheren Schulen, wo ein Schulzwang nicht obwalte. Die Kinder da, wo sich der Schulzweck in anderer Weise vollständig erreichen läßt, in nichtkonfessionelle Schulen hineinzuzwingen, heiße „den Leuten Toleranz auf intolerante Weise beibringen — das aber sei oft das Grab der Toleranz."

In den Wiener Morgenblättern vom 20. d. Mts. finden wir nachstehendes Telegramm:

Berlin, 19. Dezember. Dem „Wolff'schen Bureau" wird die Nachricht, wonach Oesterreich die deutschen Propositionen abgelehnt und einen Meistbegünstigungstertrag für sechs Monate vorgeschlagen habe, von „kunstreicher Seite" als unbegründet bezeichnet.

Eine für das Verkehrsleben wohl zu beachtende Bestimmung des Bundesraths hat bisher wenig Aufmerksamkeit gefunden, und dürfte es daher angezeigt sein, dieselbe in Erinnerung zu bringen. **Meteorwagen**, welche gegen Gewährung einer Abgabenvergütung in das Ausland gesendet worden sind, können beim Wiedereingange gegen Erstattung der gewährten Abgabenvergütung „sollfrei gelassen werden.

Die Interessen der Industrie und des Gewerbes zu fördern, gehört eben so sehr zur Pflicht der Presse, als die Gewerbtreibenden und Fabrikanten auf Mängel und Fehler, die sich namentlich im Verkehr mit den transatlantischen Ländern herausstellen, aufmerksam zu machen.

Wir haben es daher für angezeigt gehalten, die sich hierbei ergebenden Uebelstände auf Grund authentischer Berichte zur weiteren Kenntniß der betheiligten zu bringen. Ebenso wird es Pflicht der Presse sein, alle Thatsachen, welche geeignet geben von der **Regsamkeit deutschen Verkehrs**, anzuerkennen und sie als einen Beweis dafür geltend zu machen, daß das ernste Streben des Deutschen überall da von Erfolg gekrönt wird, wo es an der nöthigen Energie und Umsicht nicht mangelt. Wir glauben, einen solchen Beweis vorführen zu können, indem wir einen Berichtes aus **Bangkok**, (Siam) der speziell über den Schiffsverkehr handelt, Erwähnung thun. Dieser Bericht giebt zu, daß das Jahr 1878 für Siam in Bezug auf Schiffahrt und Handel kein glückliches gewesen sei; konstatirt aber, daß trotz der Ungunst dieser Verhältnisse, sich der deutsche Schiffsverkehr auf derselben Höhe mit dem im Jahre 1877 gehalten hat; ganz besonders wird der Hamburger Rhederei die Anerkennung zugesprochen sein, daß sie den Verkehr, soweit als thunlich, gefördert hat. Sie stellte, wie der Bericht bemerkt, das Hauptkontingent des Schiffsverkehrs nach Siam. Als über den Dampfer „Madagaskar" längere Zeit keine Nachrichten eingingen, ließ die deutsche Dampfschiffsrhederei sofort an Stelle desselben den Hamburger Dampfer „Bellona" für die regelmäßigen Fahrten zwischen Bangkok und Hongkong treten. Im Ganzen kamen in den Hafen von Bangkok 56 deutsche Segelschiffe von 20,463,73 Tonnen und 8 Dampfschiffe von 6967,12 Tonnen ein, in Summa 64 Schiffe, von denen 32 Hamburg, Bremen 8, Kiel 5, Apenrade 4, Neustadt in Holstein 4, Sonderburg 3, Stralsund 2, Altona 2, Blankenese, Flensburg, Barth, Heiligenhafen je 1 zum Heimathshafen hatte.

Aus Anlaß des zum 1. Januar bevorstehenden Inkrafttretens des Reichsgesetzes vom 20. Juli 1879, betreffend die **Statistik des Waarenverkehrs** des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, ist den Postpacketen nach dem Zollauslande vom obigen Zeitpunkte ab eine Inhaltserklärung mehr als bisher beizugeben. Beispielsweise bedarf es künftig bei Postpäckereisendungen nach Niederland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz 2c., für welche bisher eine Inhaltserklärung genügte, deren zwei. Für Sendungen nach den Zollausschlüssen des Deutschen Reichs (Hamburg, Bremen u. s. w.), sowie nach dem Großherzogthum Luxemburg sind Inhaltserklärungen auch fernerhin **nicht** erforderlich.

Rundschau im Auslande.

Das **englische Kriegsamt** veröffentlicht, wohl in der Absicht, der überhandnehmenden Besorgniß des Publikums einigermaßen zu steuern, Depeschen über den Stand der Dinge in Afghanistan, welche darthun sollen, daß die zur Verwendung bereitstehende Truppenmacht hinreichend stark ist, allen Eventualitäten die Spitze bieten zu können, und daß alles geschieht, um dem General Roberts, dessen Position in Sherpur als außerordentlich sicher geschildert wird, unverzüglich Entsatz bringen zu können. Eine weitere Konzession an das Drängen der öffentlichen Meinung hat das Ministerium durch Entsendung zweier seiner Mitglieder, der Herren Northcote und Bourke, zu einem konservativen Meeting nach Leeds gemacht, um daselbst diejenigen Aufschlüsse zu geben, welche zur Neubefestigung und Erhöhung des Vertrauens in die Politik Beaconsfield's zweckdienlich erscheinen. Beide Minister reisten nach gehaltenem Kabinetsrath ab, wohl jedenfalls in Folge eines von demselben gefaßten Beschlusses. Schatzkanzler Sir Stafford Northcote ging mit besonderer Lebhaftigkeit der liberalen Agitation zu Leibe und führte einen schwer parirbaren Hieb, indem er, die auswärtige Politik des jetzigen Ministeriums und die des vorhergegangenen in Parallele stellend, die thatkräftige Energie des Torykabinets mit der Thatenlosigkeit der Whigpolitik verglich, und beides in einer Weise begründete, die für die gegnerische Partei nichts weniger denn schmeichelhaft ausfiel. Bezüglich Afghanistans hob Redner hervor, daß die Regierung nichts versäumt habe, um den Erfolg zu sichern, daß sie sich keiner Geheimnißkrämerei schuldig gemacht habe und den Prinzipien des Vertrages von Gandamak in keinem Punkte zu nahe getreten sei. Damit, und mit den Ziffernparaden des Kriegsamtes muß das Publikum sich bis zum Eintreffen neuer Siegesbotschaften aus Afghanistan die Zeit zu kürzen suchen.

Der Unterstaatssekretair des Auswärtigen, Mr. Bourke, beleuchtete die internationale Politik des Ministeriums mit besonderer Accentuirung der Beziehungen des Inselreiches zu **Rußland**. Großbritannien stelt — so versichert Mr. Bourke — im freundschaftlichsten Verhältnisse zu dem gesammten Europa. Damit wäre eigentlich auch, was Rußland betrifft, alles Nothwendige gesagt, wenn nicht die Nachwehen des letzten russisch-türkischen Krieges wären und die daran geknüpften Kombinationen im Hinblick auf eine etwaige Zerstückelung der Türkei. Zur Beruhigung ängstlicher Gemüther erklärte Mr. Bourke im Vorhinein, daß die Konvention Englands mit der Türkei die britische Handlungsfreiheit durchaus nicht tangire, und daß England weder Kleinasien, noch Mesopotamien, noch die Euphratroute, noch endlich Indien in die Händen Rußlands zu sehen wünsche. Man darf diesen Versicherungen des Redners gewiß unbedenklich glauben. Bedenklicher könnten die Andeutungen stimmen, die von Differenzen mit Rußland sprechen, wiewohl sie durch die Hoffnung und den Wunsch gemildert werden, daß die guten Beziehungen beider Mächte auch in Zukunft erhalten bleiben, sowie durch die Zuversicht auf den Kaiser Alexander und dessen „weise Staatsmänner", eine Redewendung, die um so bedeutsamer erscheint, als Mr. Bourke unmittelbar vorher von dem Treiben „ehrgeiziger und rücksichtsloser Parteien" spricht, welches er für die englisch-russischen Differenzen hauptsächlich verantwortlich macht. Dem nihilistischen Unwesen warf Mr. Bourke im Namen Englands den Fehdehandschuh hin. England würde die Beseitigung der inneren Schwierigkeiten Rußlands mit Freuden begrüßen und seine Sympathien gehören weder den Mördern noch denjenigen, welche die Grundlagen der Ordnung und des Gesetzes zerstören wollen."

Oesterreich-Ungarn ist durch die endlich erfolgte Annahme des Wehrgesetzes seitens der zisleithanischen Volksvertretung von einer lästigen Präokkupation befreit worden. Aber kaum, daß die öffentliche Meinung begonnen hat, sich des Sieges der Staatsraison über den engherzigen Parteidottrinarismus zu freuen, kaum hat sich der vom mitlebigen § 2 der Vorlage aufgewirbelte Staub einigermaßen gelegt, als schon eine neue Wolke am parlamentarischen Horizont Zisleithaniens emporsteigt. Die Czechen haben beim Kaiser und beim Ministerium ein Memorandum eingereicht, worin sie ihre **nationalen Forderungen** präzisiren, auf deren Durchsetzung sie im Namen der sprachlichen Gleichberechtigung des Czechenthums mit dem Deutschthum in Böhmen, Mähren und Schlesien bestehen.

Die Wiener Zeitungen vom Sonntag, welche das czechische Memorandum vollinhaltlich zum Abdruck bringen, kommentiren dasselbe zwar ohne nationale Voreingenommenheit sachlich aber gestatten sie sich eine Freiheit der Kritik, die den Urheben des Dokuments schwerlich gefallen wird, so berechtigt sie an und für sich auch sein mag. Selbst die „Presse", die noch am schonendsten verfährt, kann der czechischen Publikation den Vorwurf der Inopportunität nicht ersparen; sie beklagt es, daß die Aufregung der Bevölkerung nicht zur Ruhe komme und die politische Diskussion, anstatt zur Erörterung fruchtbringender, wirthschaftlicher, auf das Schaffen berechneter Maßnahmen immer und immer auf das Feld unfruchtbarer, sinnverwirrender Fragen hinübergedrängt werde.

Nicht zu verwechseln mit dem oben erwähnten czechischen Memorandum ist ein von der „Neuen Freien Presse" veröffentlichtes, angeblich von dem Staatthaltereirath Neupauer herrührendes Elaborat über die Revision der böhmischen Landtagswahlordnung, welche dem deutschen Elemente die Majorität sichert. Die Wiener „Montagsrevue" spricht demselben indeß die Authentizität ab. Bisher sei nur Material gesammelt worden. Es sei von einer Reform zur Zeit um so weniger die Rede, als dieselbe vom Ministerium des Innern als der allein kompetenten Stelle ausgehen müßte. Uebrigens werde einer Erledigung des czechischen Memorandums eine sorgfältige Erwägung der darin aufgehäuften Wünsche vorauszehen müssen.

Die Prager „Bohemia" theilt in ihrer Sonnabendnummer „von wohlinformirter Seite" mit, daß die Kombinationen betreffs eines Ministeriums Clam-Martinitz-Dunajewski völlige Anachronismen seien. Nach der „Epoche" soll die Bildung eines linken Zentrums erfolgen, aus dem das Ministerium komplettirt werden dürfte. Der Kaiser habe beim Empfang der Delegationen die Unterredung mit Clam-Martinitz mit den Worten geschlossen: „Haben Sie Geduld."

Auf der Balkanhalbinsel macht die Liquidation der aus dem Berliner Kongreß noch rückständigen Forderungen verzweifelt langsame Fortschritte. Die Strenge des Winters kommt der **Pforte** insofern zu Statten, als sie alle Truppenbewegungen in den gebirgigen türkisch-montenegrinischen Grenzdistrikten für den Augenblick lähmt und so den Besitzwechsel von Plawa und Gusinje faktisch in suspenso erhält. Was die Frage der Grenzregulirung mit **Griechenland** betrifft, so nimmt die Zurückhaltung der türkischen Kommissare in demselben Maße zu, als die Ungeduld ihrer griechischen Kollegen. Das quasi-Ultimatum der letzteren hat auf die türkischen Staatsmänner den erhofften Eindruck nicht hervorgebracht. Eine von Savas Pascha an die Griechen gerichtete Antwortnote gestattet nicht den mindesten Zweifel an der Unlust der Pforte zu befriedigender Erledigung der Sache. Savas Pascha bedauert die Drohung mit dem Abbruch der Verhandlungen, läßt sich aber dadurch nicht im mindesten in seiner philosophischen Ruhe stören.

Dieselbe Pforte, welche ihre Vertragsgläubiger durch das mehr denn gewöhnliche Tempo ihrer Geschäftsmethode zur gelinden Verzweiflung bringt, vermerkt es sehr übel, wenn den eigenen Reklamationen nicht alsbald Folge gegeben wird. **Serbien** hat diese Erfahrung soeben zu machen Gelegenheit gehabt; die Pforte besteht auf baldiger Erledigung des Art. 39 des Berliner Vertrags, betreffend die Behandlung der Staats- und Kaufgüter in den normals türkischen, jetzt zu Serbien gehörenden Gebietstheilen, und hat sich dieserhalb beschwerdeführend an die Mächte gewandt.

Zum Thema der serbischen Bahnanschlüsse wird dem Wiener „Frdbl." aus Belgrad geschrieben:

„In der Frage des Baues der serbischen Bahnen und der Bahnanschlüsse an das österreichisch-ungarische Bahnnetz haben in den jüngsten Tagen bierorts Verhandlungen stattgefunden, welche binnen Kurzem zu prinzipiell wichtigen Entscheidungen führen dürften. Die serbische Regierung soll nämlich dem Ministerium folgende Propositionen haben zukommen lassen: Sie erklärt nunmehr, an die Durchführung ihres Eisenbahnnetzes schreiten zu wollen und ist, ihren Handelsverhältnissen entsprechend, sowohl geneigt, den Anschluß ihrer Bahnen in Semlin (an die zukünftige Pest-Semliner Bahn), als in Panesova (Endstation der künftigen Staatsbahnlinie von Kikinda nach Süden) stattfinden zu lassen. Nachdem jedoch der Ausbau der Linie Pest-Semlin noch in gewisser Ferne liegt, so ist die serbische Regierung gesonnen, vorerst den Anschluß an die Staatsbahn in Panesova zum Bau zu bringen und verpflichtet sich, sobald die Linie Pest-Semlin in Bau tritt, auch nach Semlin zu bauen. Die österreichisch-ungarische Regierung soll in diesem Memoire ersucht werden, ehebaldigst in die bestbezüglichen Verhandlungen mit der serbischen Regierung einzutreten, und sollen seitens der serbischen Regierung in dieser Richtung erneuert: Verhandlungen mit der Generaldirektion der Staatsbahn in Wien angeknüpft worden sein oder demnächst angeknüpft werden."

Dem Schluß der Kammersession ist in **Frankreich** der Rücktritt des Ministeriums auf dem Fuße gefolgt. Mit der Kabinetsneubildung ist seitens des Präsidenten der Republik der bisherige Arbeitsminister, Herr de Freycinet, nunmehr definitiv betraut. Nach den letzten Debatten in der Deputirtenkammer scheint es, daß die Umgestaltung des **Ministeriums eine weit umfassendere** werden wird, als ursprünglich in Aussicht genommen war.

Das von der Pariser Presse mit allem Glanz in Szene gesetzte Murcia-Fest hat in der **spanischen** Hauptstadt enthusiastische Sympathiekundgebungen zu Gunsten des Bourbonenhauses hervorgerufen. Wie man dem „Temps" aus Madrid vom 17. d. meldet, hat aber Herr Canovas die Mitwirkung spanischer Militairmusikkapellen an einer Serenade, welche das Madrider Murcia-Komité, als öffentliches Zeichen des Dankes gegen Frankreich, unter den Fenstern des französischen Botschafters, Admirals Jaurés, veranstalten wollte, unter dem Vorwande verweigert, daß die Regierung eine republikanische Demonstration befürchte. In Paris ist diese Maßregel des spanischen Ministerpräsidenten nicht unbemerkt geblieben, und hat die dortige spanische Botschaft sich behufs Entwaffnung der laut gewordenen Empfindlichkeit zur Einsendung einer Richtigstellung an die „Agence Havas" bewogen gefühlt, welche den Erlaß der inkriminirten Maßregel allen politischen Hintergründen entkleiden und ihn nur auf Erwägungen der Ordnung und Diskretion zurückführen will. (Vgl. auch die nach Redaktionsschluß eingetroffene Madrider Depesche des „W. T. B." Die Red.).

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien die Berichte über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen, sowie die Etats der Staatsschulden-Verwaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung und des Etatsgesetz. Dieselbe wurden unverändert bis auf die Position Matrikularbeiträge angenommen. Die Berathung der letzteren Position, bekanntlich in der gleichen Höhe wie in dem laufenden Etat (43 Millionen) eingestellt, wurde ausgesetzt, weil noch keine offizielle Mittheilung über die Höhe der Matrikularbeiträge im nächsten Reichsetat gemacht werden konnte.

* Am 19. d. M. wurde zu Magdeburg von einer zahlreich besuchten Versammlung von Vertrauensmännern der Fortschrittspartei bezüglich der morgen stattfindenden Wahl folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung der Vertrauensmänner der Fortschrittspartei beschließt ihren Parteigenossen zu überlassen, bei der bevorstehenden Stichwahl zum Reichstag ihre Stellung nach ihrem eigenen Ermessen zu nehmen."

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König erledigte am Sonntag in den Vormittagsstunden Regierungsgeschäfte und nahm den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Pückler, des Chefs des Militairkabinets Generallieutenants v. Albedyll und des Geheimen Hofrathes Bork entgegen. Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hatte sich Vormittags 10 Uhr zur Bewohnung des Gottesdienstes nach der Matthäi-Kirche begeben. Nachmittags nahm Se. Majestät der Kaiser vor der Spazierfahrt die für die Ruhmeshalle bestimmte Victoria im Akademiegebäude in Augenschein. Um 5 Uhr dinirten die kaiserlichen Majestäten mit Sr. kaiserl. und königl. Hoheit dem Kronprinzen